

## «Akzeptabel» für Bauernverband

**Massnahmenplan** Der Solothurnische Bauernverband (SOBV) scheint die mit dem Massnahmenplan 2014 in seinem Bereich vorgeschlagenen Kürzungen zu schlucken. Dies kann aus einem Beitrag von SOBV-Sekretär und FDP-Kantonsrat Peter Brügger in der «BauernZeitung» geschlossen werden. Die Bauern sind von vier Massnahmen speziell betroffen: Kürzung der Investitionen für die Landwirtschaft um 150 000 Franken/Jahr; Reduktion der Betriebs-hilfen an die Solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse um 150 000 Franken/Jahr (von 250 000 auf 100 000 Franken); Kürzung des Mehrjahresprogramms Landwirtschaft um 50 000 Franken/Jahr. Diese drei Massnahmen sind auf die Jahre 2015 bis 2018 befristet. Weiter soll der Gebührenrahmen im Bereich Tierschutz voll «ausgeschöpft» werden, was dem Kanton ab 2014 3000 Franken Mehreinnahmen bringen soll. Die Kürzungen können bei einzelnen Projekten zu Verzögerungen führen. «Mit Blick auf das Ganze ist das aber akzeptabel», schreibt Peter Brügger. Er zeigt sich erleichtert, dass nicht, wie Ende der 90er-Jahre, wieder die Schliessung des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Wäldlihof vorgeschlagen wird. (CVA)

**Wochenkommentar** zum Massnahmenplan 2014 des Kantons und zum Milliardenloch in der Pensionskasse

# Zwei geballte Ladungen mit viel Sprengkraft



VON URS MATHYS

■ **MEHR ALS** eine Milliarde Franken – so gross ist das Loch, das in der Kantonalen Pensionskasse (PKSO) klafft. Dieser Abgrund hat sich nicht erst von gestern auf heute aufgetan – er hat sich über Jahre hinweg schleichend immer mehr vertieft. Priorität hatte stets die Staatskasse. Die war ebenfalls von Schwindsucht geplagt und wollte saniert werden. Das Pensionskassenloch war darum kein drängendes Thema – weder für Regierung, Parlament noch die Versicherten. Immerhin ist Vater Staat ja ein «sicherer» Arbeitgeber, der nicht so schnell in Konkurs gehen kann ...

**BEIM SÜSSEN NICHTSTUN** wäre es wohl auch weiterhin geblieben, wenn nicht der Bund mit einer Revision des BVG eine Deckung zwischen 80 und 100 Prozent verlangen würde. Bei der PKSO beträgt dieser Wert

zurzeit 72,6 Prozent. Die (alte) Regierung hat im Frühling ihre Sanierungs-Vorstellungen präsentiert. Diese streben eine Volldeckung zu 100 Prozent an. Dem Kanton und den Gemeinden – und damit letztlich uns Steuerzahlern – würde daraus eine jährliche Zusatzbelastung von rund 30 Mio. erwachsen. Die aktiv Versicherten selber würden dagegen weitgehend verschont.

**NUN SIND** allerdings auch die Solothurner Staatsfinanzen erneut mehr als nur aus dem Ruder gelaufen. Die neue Kantonsregierung präsentierte deshalb diese Woche den Massnahmenplan 2014, mit dem das Strukturelle Defizit von 150 Mio. Franken bis 2017 aus der Welt geschafft werden soll. An den kommenden runden Tischen soll ein Konsens zwischen Parteien, Organisationen und Institutionen gesucht werden. Wie immer der Massnahmenplan am Ende aussehen wird, sicher ist eines: Auch diese Ze-

che haben wiederum die Steuerzahler, die Privaten wie die Firmen, zu berappen.

**BEIDES** – Massnahmenplan und Pensionskassen-Sanierung – sind geballte Ladungen mit Sprengkraft. Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund die Solothurnische Handels-

kammer (SOHK) im Namen der kantonalen Wirtschaft explizite Forderungen stellt. Deren Exponenten sprachen gestern von der «Notlage» der PKSO, die «Opfer

der aktiv Versicherten durchaus legitim» erscheinen lasse (siehe unten). Den Versicherten würden unter dem Strich «noch immer sehr grosszügige Leistungen gewährt», weshalb ein zeitlich beschränkter Sanierungsbeitrag der Versicherten gerechtfertigt sei. Weitere Forderungen sind, dass sich der Zinssatz für die vom Arbeitgeber übernommene Schuld (in der Vorlage mit 3,5 Prozent festgelegt) am Markt orientieren und laufend

angepasst werden müsse und dass der Umwandlungssatz so festgelegt wird, dass erneute Sanierungen nicht schon vorprogrammiert seien.

**DIESE BEGEHREN** aus der Wirtschaft, unterlegt mit Zahlenvergleichen mit anderen Kantonen, werden bei den Solothurner Staatsangestellten kaum Begeisterungsstürme auslösen. Dennoch werden solche Ideen in das endgültige Sanierungsmodell mit einfließen müssen. Dazu gibt es angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Hände schlicht keine Alternative.

Das ist für die aktuellen Versicherten der PKSO zweifellos unerfreulich und schmerzlich. Und damit nicht anders, als es in unzähligen Fällen jeweils auch für Betroffene in der Privatwirtschaft ist. Dort nämlich ist diese Praxis längst eine absolute Selbstverständlichkeit. Die Staatsangestellten haben immerhin auch in Zukunft einen starken Trost: Der Kanton ist und bleibt immer noch ein sicherer – und vergleichsweise grosszügiger – Arbeitgeber.

urs.mathys@azmedien.ch

**Die Zeche haben in beiden Fällen die Steuerzahler, die Privaten wie die Firmen, zu berappen.**

# Die Versicherten sollen ihren Beitrag leisten

**Kantonale Pensionskasse** Solothurner Handelskammer formuliert Forderungen zur Ausfinanzierung der Deckungslücke

VON ELISABETH SEIFERT

Bisher hat sich die Solothurner Handelskammer zum Mammutprojekt «Sanierung der Pensionskasse Kanton Solothurn» nicht zu Wort gemeldet. Jetzt kommt sie aus der Reserve. Grund dafür ist der Massnahmenplan 2014, den die Regierung am Montag vorgestellt hat. Mit Vorschlägen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite in der Höhe von total 150 Mio. Franken pro Jahr sollen die Kantonsfinanzen bis ins Jahr 2017 ins Lot gebracht werden. Noch nicht eingerechnet sind darin die rund 1,1 Mrd. Franken, welche Kanton und Gemeinden in den nächsten 40 Jahren für die Ausfinanzierung der Deckungslücke in der staatlichen Pensionskasse stemmen müssen.

### Ein zeitlich begrenztes Opfer

«Um die Steuerzahler und damit auch die Wirtschaft nicht übermässig zu strapazieren, haben wir mehrere Forderungen zur Reform der Pensionskasse formuliert.» Daniel Probst, der neue Direktor der Solothurner Handelskammer, präsentierte diese gestern in Solothurn gemeinsam mit dem stv. Direktor Christian Hunziker sowie Jérôme Cosandey, dem für Pensionskassen zuständigen Experten bei Avenir Suisse. Und die Ideen habe es in sich.

Keine Frage ist für die Fachleute dabei, dass die kantonale Pensionskasse – die heute über einen Deckungsgrad von 73 Prozent verfügt – einen Deckungsgrad von 100 Prozent erreichen soll. Darin geht sie mit den Vorschlägen der Regierung einig. Gemäss den neuen Vorgaben des Bundesgesetzes würden unter Voraussetzung einer Staatsgarantie auch 80 Prozent genügen. In diesem Fall aber fehle das nötige Kapital, um die versprochenen Leistungen zu finanzieren. Dadurch werde die Deckungslücke laufend grösser.

Die Ausfinanzierung freilich, also kein Deckungsgrad von 100 Prozent, kostet eine Menge Geld. Die prognostizierten Mehrausgaben belaufen sich für Kanton und Gemeinden auf 30 Mio. Franken pro Jahr – über 40 Jahre hinweg. «Bei einer solch historischen Herausforderung sind alle gefordert», sagte Hunziker. Und das heisst: «Die aktiv Versicherten sollen stärker eingebunden werden.» Gemäss der Vorlage der Regie-



Forderungen der Wirtschaft (v.l.): Christian Hunziker (stv. Direktor und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Solothurner Handelskammer), Daniel Probst (Direktor der Solothurner Handelskammer) und Jérôme Cosandey, Projektleiter Pensionskassen bei Avenir Suisse.

HANSUELI MÜLCHLI

### So grosszügig sind die kantonalen Pensionskassen

Pensionskasse	Was Arbeitgeber und -nehmer insgesamt von 25 bis 65 einzahlen (in Fr.*)	Anteil Arbeitgeber (in %)	Arbeitgeber absolut	Arbeitnehmer absolut
Schaffhausen	515 000	60,0	309 000	206 000
Solothurn	510 000	58,0	295 800	214 200
Schwyz	501 000	58,4	292 584	208 416
Luzern	500 000	54,5	272 500	227 500
Zug	491 000	60,0	294 600	196 400
Zürich	481 000	60,2	289 562	191 438
Uri	478 000	57,8	276 284	201 716
Bern: BLVK	471 000	58,0	273 180	197 820
Bund (Publica)	468 000	62,6	292 968	175 032
Bern: BPK	466 000	58,0	270 280	195 720
Stadt Zürich	465 000	62,2	289 230	175 770
Appenzell Ausserrhoden	456 000	50,8	231 648	224 352
Baselland	446 000	60,0	267 600	178 400
Aargau	443 000	59,3	262 699	180 301
Glarus	441 000	57,5	253 575	187 425
Appenzell Innerrhoden	436 000	56,9	248 084	187 916
Nidwalden	428 000	50,0	214 000	214 000
Thurgau	427 000	55,6	237 412	189 588
Graubünden	404 000	60,0	242 400	161 600
Obwalden	376 000	55,1	207 176	168 824

Alle Berechnungen gelten für einen Angestellten mit dem maximalen AHV-rentenbildenden Bruttolohn von zurzeit 84 240 Franken (Pensum 100%); \* ohne Zinsen, d.h. die Rendite wird hier ausgeblendet; Quelle: [Swisscanto](#). Die Tabelle ist zum Teil der Berner Zeitung (BZ vom 3.6.2013) entnommen.

rung werden diese nur indirekt zur Kasse gebeten, indem der Arbeitgeberbeitrag zur Finanzierung der Teuerungszulagen auf den Renten gesenkt werden soll. Die Solothurner Handelskammer fordert jetzt einen zusätzlichen Beitrag. «Die aktiv Versicherten sollen ein zeitlich be-

schränktes Opfer bringen, wie das auch in den Kantonen Bern oder Schwyz der Fall ist», meinte Hunziker. Für realistisch hält die Handelskammer etwa eine Reduzierung des Arbeitgeberbeitrags um 1,5 Lohnprozent. Das würde pro Jahr zu Einsparungen für die öffentliche Hand

von 10 Mio. Franken führen, rechnet Hunziker vor.

### Im Vergleich hohe Leistungen

Für realistisch erachten die Wirtschaftsexperten eine solche Reduktion der Arbeitgeberbeiträge deshalb, weil die Leistungen der Pensionskasse Kanton Solothurn im interkantonalen Vergleich hoch sind (siehe Tabelle links). Solothurn liegt beim angesparten Altersguthaben hinter Schaffhausen an zweiter Stelle, wie Berechnungen von [Swisscanto](#) zeigen; und zwar sowohl, wenn man Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge gemeinsam betrachtet, als auch bei einem Fokus auf die Arbeitgeberbeiträge. Nicht gelten lassen will die Handelskammer zudem das Argument, dass die heute aktiv Versicherten für die Fehler der Vergangenheit nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfen. Hunziker: «Es ist mindestens so unfair, wenn die Steuerzahler alles allein zahlen müssen.»

Neben der stärkeren Einbindung der Versicherten fordern die Exper-

ten zudem, dass der Zinssatz auf dem der Pensionskasse geschuldeten Betrag dem Markt angepasst wird. Gemäss der regierungsrätlichen Vorlage ist dieser Zinssatz – über die ganzen 40 Jahre hinweg – auf 3,5 Prozent festgesetzt. Im gegenwärtigen Zins-

umfeld, wo Geld günstiger zu haben ist, grenze ein solcher Zinssatz an Wucher, sagte der stv. Direktor der Handelskammer. Möglich sei aber auch, dass bei einem stark steigenden Zinsniveau die

Pensionskasse mit 3,5 Prozent zu wenig entschädigt wird.

Die dritte und letzte Forderung betrifft den Umwandlungssatz, also den Prozentsatz, mit dem – bezogen auf das angesparte Altersguthaben – die jährliche Altersrente festgesetzt wird. Ein Umwandlungssatz von 6,14 Prozent, wie dies die Regierung vorschlägt, sei zu hoch, sind die Experten überzeugt. Um nicht schon jetzt eine weitere Sanierung gleichsam vorzuprogrammieren, müsste dieser auf «unter 6 Prozent» gesenkt werden.

**«Es ist unfair, wenn die Steuerzahler alleine für die Sanierung aufkommen müssen.»**

**Christian Hunziker,**  
Solothurner Handelskammer